

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3111
der Abgeordneten Gordon Hoffmann und Sven Petke
CDU-Fraktion
Drucksache 5/7802

Situation der Kinder aus asylsuchenden Familien in Schulen

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3111 vom 20.08.2013:

Mit dem Beginn des neuen Schuljahrs wurden viele Schulen vor die Situation gestellt, dass zahlreiche Schüler, deren Eltern Asyl in der Bundesrepublik Deutschland beantragt haben, zusätzlich am Unterricht teilnehmen. Diese Schüler verfügen in der Regel über keine Deutschkenntnisse und können deshalb nicht am Unterricht oder am schulischen Leben teilnehmen. Neben der Umsetzung der rechtlichen Verpflichtung des Staates diese Kinder schulisch zu fördern muss ein geordneter Schulbetrieb gewährleistet werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Kinder und Jugendliche haben in diesem Schuljahr 2013/2014 ein Recht auf schulische Förderung nach der brandenburgischen Eingliederungsverordnung, weil ihre Muttersprache nicht Deutsch ist oder sie bislang keine ausreichenden Deutschkenntnisse erwerben konnten? (Bitte insgesamt und nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten auflisten)
2. Wie viele zusätzliche Lehrerwochenstunden wurden den betroffenen Schulen zur Verfügung gestellt? (Bitte insgesamt und für jede betroffene Schule auflisten)
3. Wie viele Kinder und Jugendliche waren es im letzten Schuljahr 2012/2013?
4. Welche Prognosen legt das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport für die Planung der notwendigen Ressourcen zur Eingliederung für die nächsten drei Schuljahre zugrunde?
5. Welche Vorkehrungen hat das Ministerium getroffen, damit keine Ressourcen zur Absicherung des geplanten Unterrichts und des Schulbetriebs für die Erfüllung dieser Aufgabe in den Schulen abgezogen werden?
6. Wie viele Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache unterrichten an brandenburgischen Schulen und an den betroffenen Schulen? (Bitte insgesamt, nach Schulform und staatlichen Schulamtsbezirk und für jede betroffene Schule auflisten)

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie viele Kinder und Jugendliche haben in diesem Schuljahr 2013/2014 ein Recht auf schulische Förderung nach der brandenburgischen Eingliederungsverordnung, weil ihre Muttersprache nicht Deutsch ist oder sie bislang keine ausreichenden Deutschkenntnisse erwerben konnten? (Bitte insgesamt und nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten auflisten)

Zu Frage 1:

In der Schulstatistik gibt es zwar das Merkmal „Einzugliedernde“; es werden aber keine einzelnen Förderkriterien erfasst. Insofern sind keine statistischen Angaben zu Schülerinnen und Schülern mit einem Förderanspruch aufgrund nicht ausreichender Deutschkenntnisse im Rahmen der brandenburgischen Eingliederungsverordnung vorhanden. Die Schulstatistik für das Schuljahr 2013/2014 liegt noch nicht vor.

Frage 2:

Wie viele zusätzliche Lehrerwochenstunden wurden den betroffenen Schulen zur Verfügung gestellt? (Bitte insgesamt und für jede betroffene Schule auflisten)

Zu Frage 2:

Dazu liegen der Landesregierung keine Angaben vor, da die Anzahl der LWS, die den betroffenen Schulen zur o. a. Förderung zur Verfügung gestellt werden, statistisch nicht erfasst wird. Dies ist Sache der staatlichen Schulämter.

Frage 3:

Wie viele Kinder und Jugendliche waren es im letzten Schuljahr 2012/2013?

Zu Frage 3:

Siehe Antwort zu Frage 1. Ergänzend die Schuldatenerhebung 2012/2013:

Einzugliedernde an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen nach Kreisen
(Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft)

Kreis	Einzugliedernde
Brandenburg an der Havel	30
Cottbus	34
Frankfurt (Oder)	14
Potsdam	133
Barnim	27
Dahme-Spreewald	34
Elbe-Elster	14
Havelland	94
Märkisch-Oderland	58
Oberhavel	21
Oberspreewald-Lausitz	40
Oder-Spree	120
Ostprignitz-Ruppin	53
Potsdam-Mittelmark	306
Prignitz	25

Spree-Neiße	28
Teltow-Fläming	13
Uckermark	103
Insgesamt	1.147

Frage 4:

Welche Prognosen legt das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport für die Planung der notwendigen Ressourcen zur Eingliederung für die nächsten drei Schuljahre zugrunde?

Zu Frage 4:

Die Zahl der Kinder von Asylsuchenden, die im Land Brandenburg eine Schule besuchen werden, ist nicht vorhersehbar, zudem kann der Förderbedarf dieser Schülerinnen und Schüler aufgrund außerschulischer Angebote zur Vermittlung der deutschen Sprache vor einer Einschulung nicht prognostiziert werden. Insofern kann es für diese Aufgabe auch keine besondere Planung der Ressourcen geben. Allerdings ist angesichts des sehr geringen Anteils der betreffenden Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschülerzahl weiterhin davon auszugehen, dass die notwendige besondere Förderung mit dem pauschal ermittelten Stellenrahmen grundsätzlich abgesichert werden kann. Dies gilt auch, wenn die absolute Anzahl dieser Kinder zeitweise ansteigt oder wenn kurzfristig ein außergewöhnlicher, regionaler Förderbedarf entsteht, dem vor Ort in Zusammenarbeit mit dem zuständigen staatlichen Schulamt abgeholfen werden kann.

Frage 5:

Welche Vorkehrungen hat das Ministerium getroffen, damit keine Ressourcen zur Absicherung des geplanten Unterrichts und des Schulbetriebs für die Erfüllung dieser Aufgabe in den Schulen abgezogen werden? Wie viele Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache unterrichten an brandenburgischen Schulen und an den betroffenen Schulen? (Bitte insgesamt, nach Schulform und staatlichen Schulamtsbezirk und für jede betroffene Schule auflisten)

Zu Frage 5:

Mit den für den Unterricht und den Schulbetrieb zur Verfügung stehenden Ressourcen werden alle Aufgaben erfüllt, die an den Schulen anfallen. Dazu zählt auch der Unterricht für Kinder von Asylsuchenden. Soweit bei der Planung vor Beginn des Schuljahres ein besonderer Bedarf für einzelne Aufgaben erkennbar ist, wird dies bei der Zuweisung der Stellen an die staatlichen Schulen berücksichtigt.

Frage 6:

Wie viele Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache unterrichten an brandenburgischen Schulen und an den betroffenen Schulen? (Bitte insgesamt, nach Schulform und staatlichen Schulamtsbezirk und für jede betroffene Schule auflisten)

Zu Frage 6:

Dazu liegen der Landesregierung keine Angaben vor; das Fach Deutsch als Fremdsprache wird statistisch nicht erfasst.